



# Bremer Sanierungspolitik nach dem Kanzlerbrief

Dr. André W. Heinemann

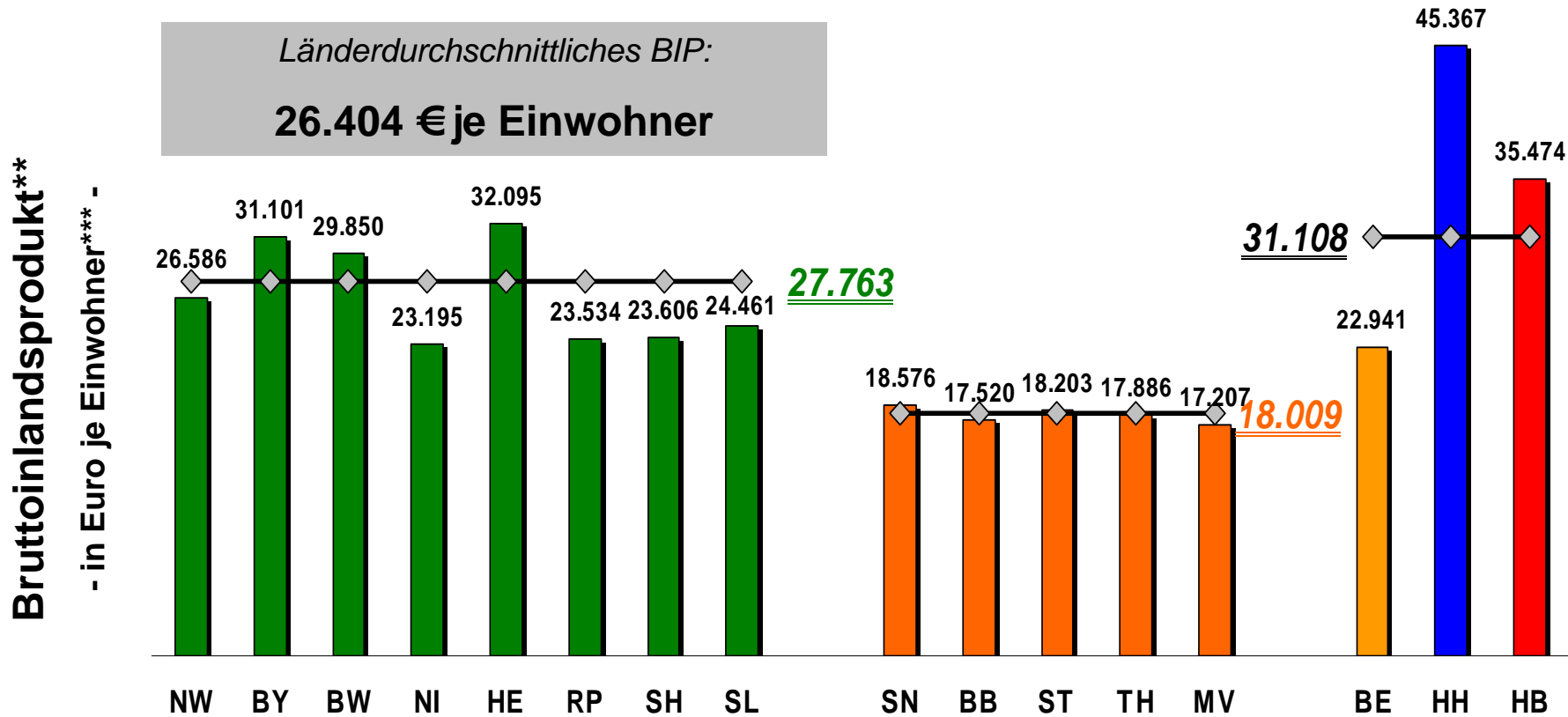
Referat bei der LAG Wirtschaftspolitik

von

*Bündnis 90 / DIE GRÜNEN* in Bremen

16. Februar 2005

- **Stadtstaaten sind für die Wirtschaftsregionen Industrie-, Handels- und Dienstleistungszentren.**
- **Stadtstaaten erfüllen die Funktion als regionale Wirtschaftszentren und Wachstumspole.**
- **Stadtstaaten sind hochverdichtete Regionen mit einer hohen Wirtschafts- und Steuerkraft.**
- **Stadtstaaten sind aber auch überdurchschnittlich verschuldet.**
- **Stadtstaaten haben großstadttypische Probleme.**

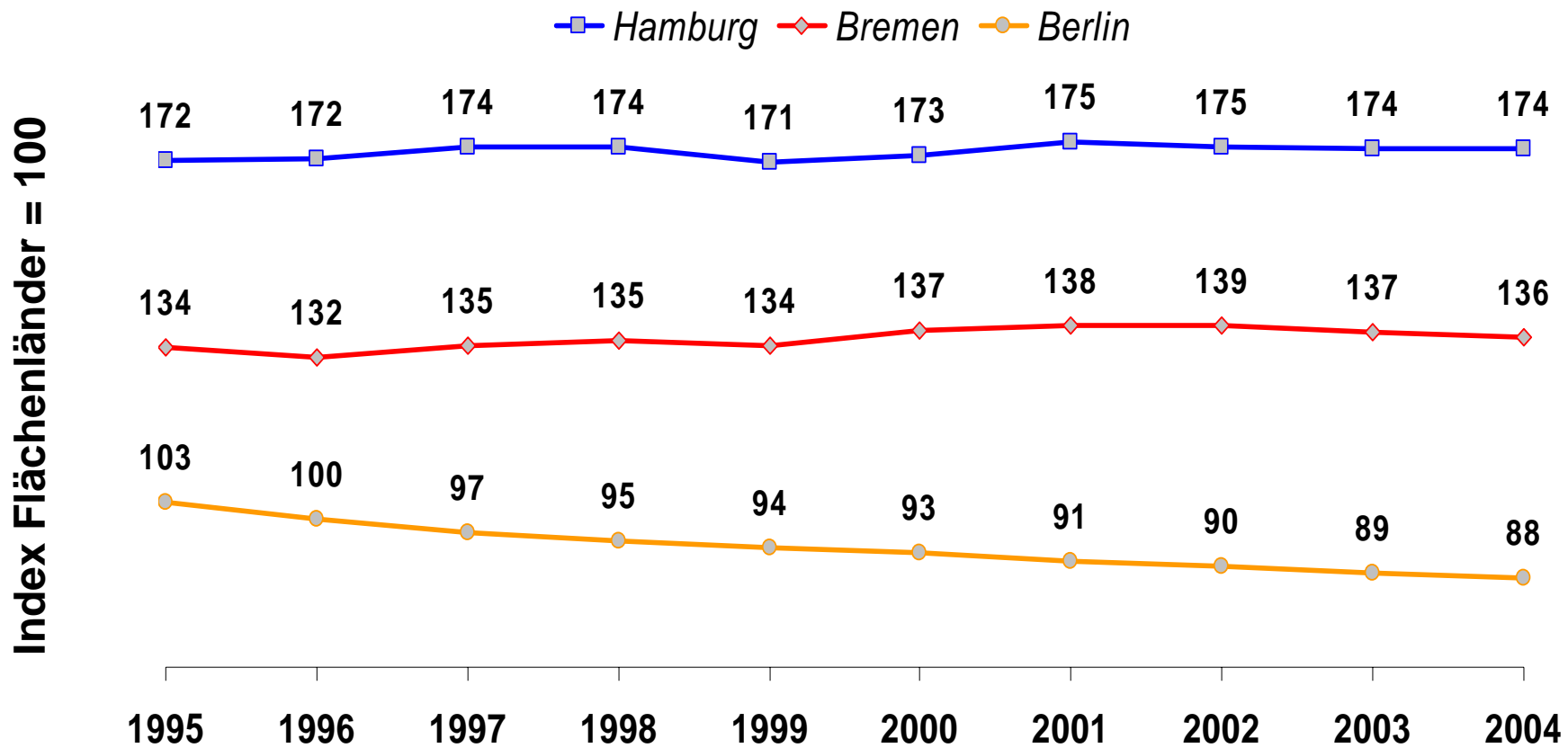


\* Flächenländer einschließlich Gemeinden / Gv. sowie Zweckverbände.

\*\* In jeweiligen Preisen.

\*\*\* Stand Einwohner: 30.06.2004.

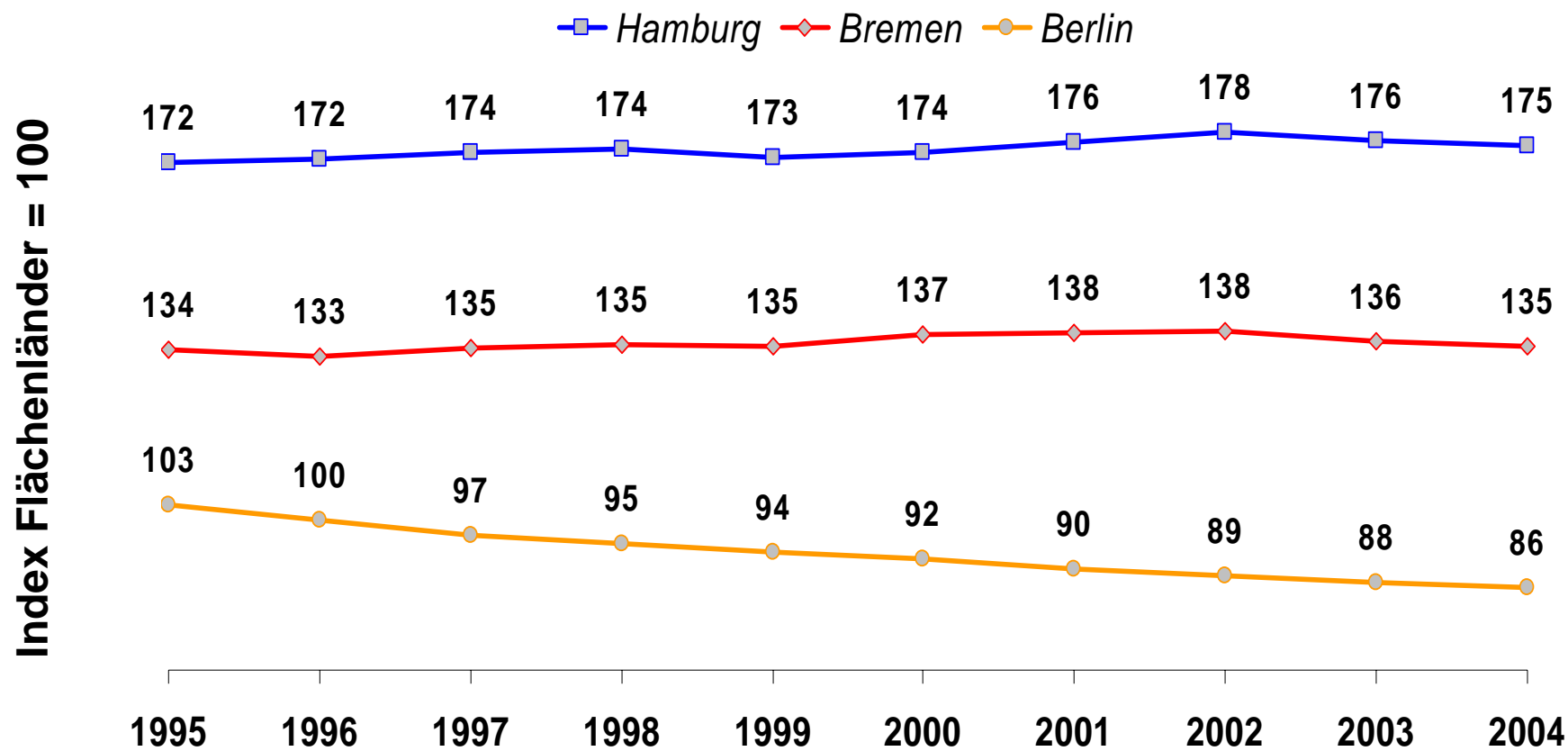
Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; 1. Fortschreibung 2004.



\* Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

\*\* Stand Einwohner: 30.06.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Berechnungsstand: August 2004, 1. Fortschreibung 2004.

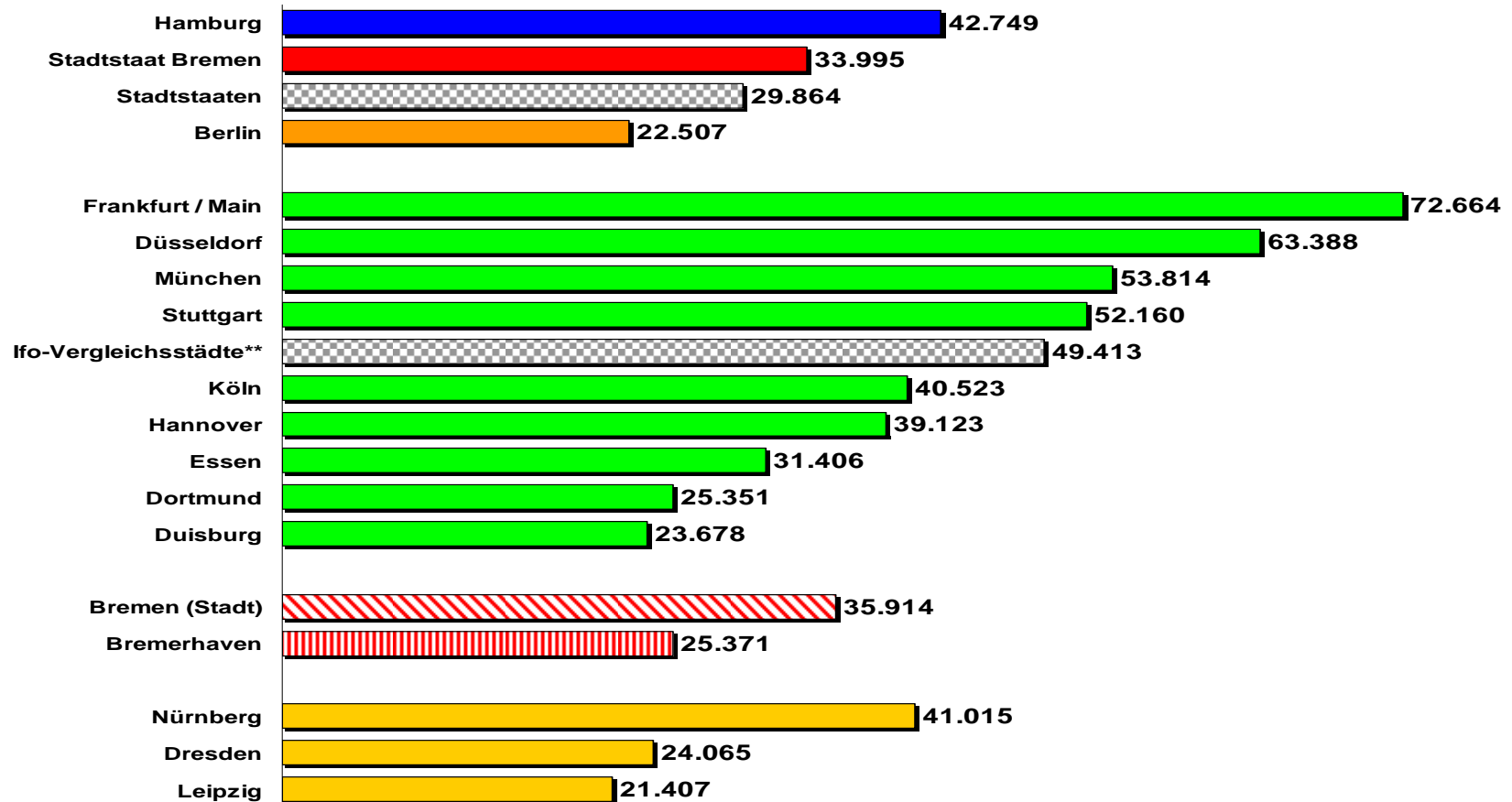


\* Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995.

\*\* Stand Einwohner: 30.06.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Berechnungsstand: August 2004, 1. Fortschreibung 2004.

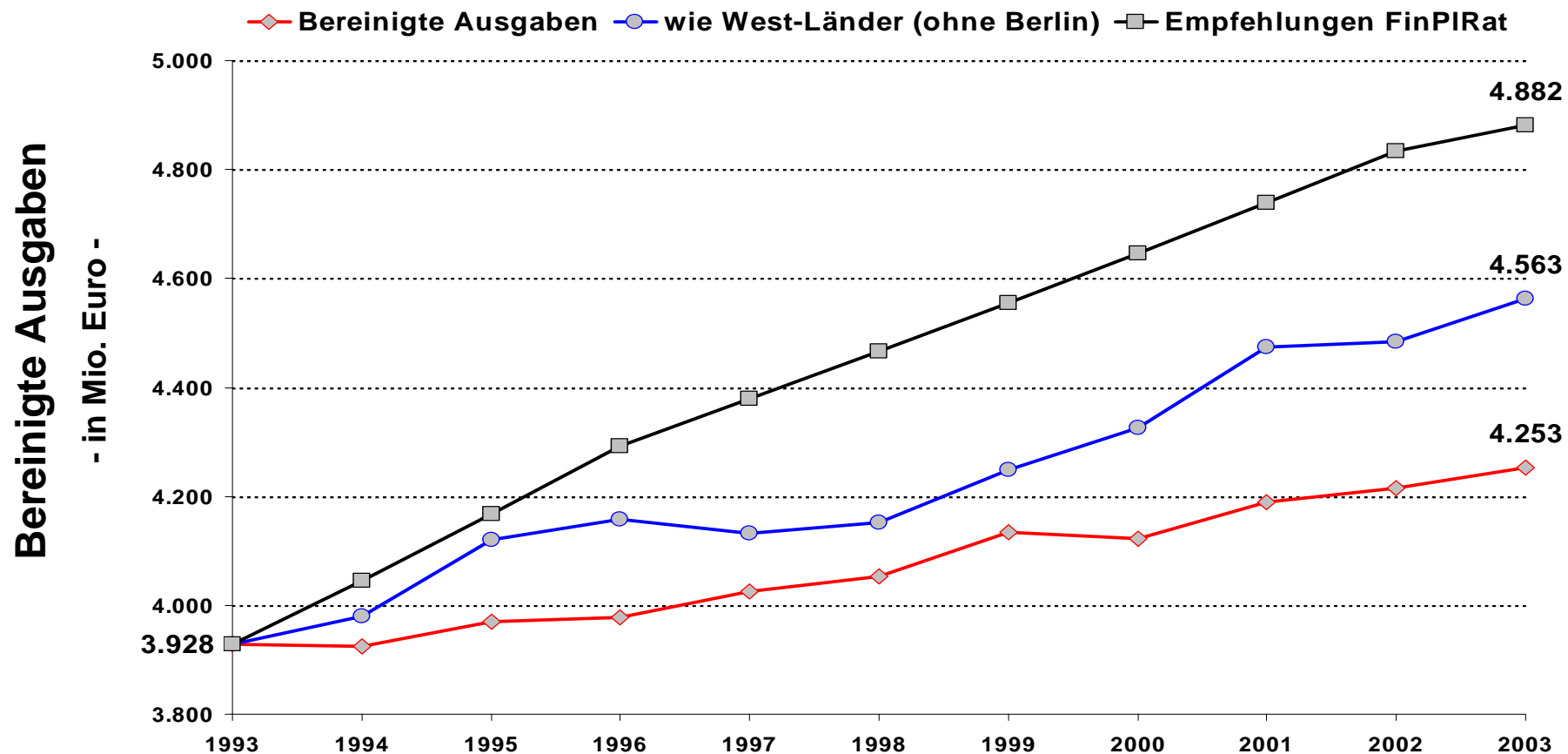
# Wirtschaftskraft\* in Großstädten 2001



\* Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner; Einwohner: Jahresdurchschnitt.

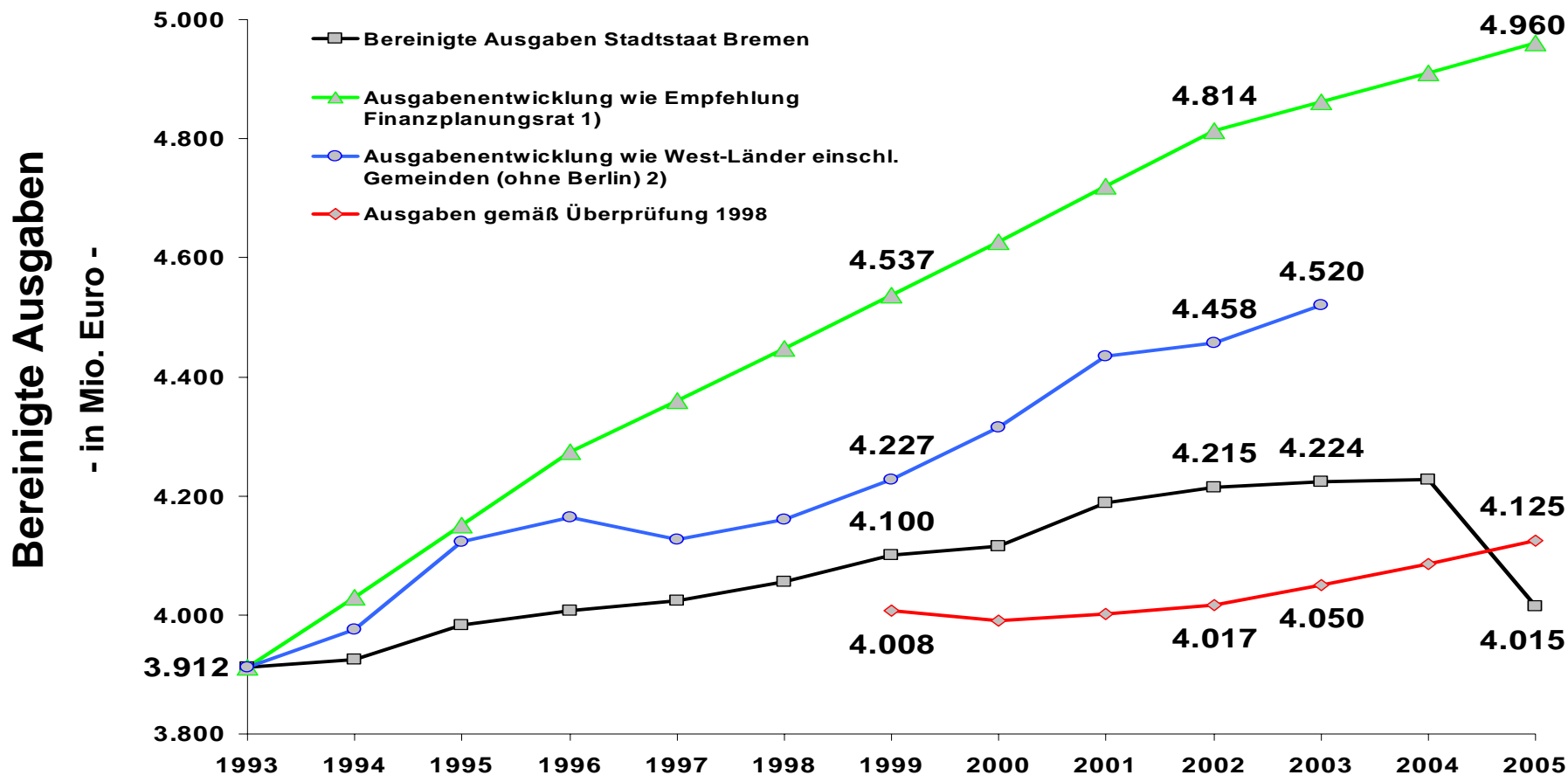
\*\* Mittelwert aus Durchschnitt aller Ifo-Großstädte und Durchschnitt der Ifo-Großstädte ohne Ruhrgebietsstädte.

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistik Regional 2003.



Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 14, Reihe 2.

# Ausgabenentwicklung Bremens im Sanierungszeitraum



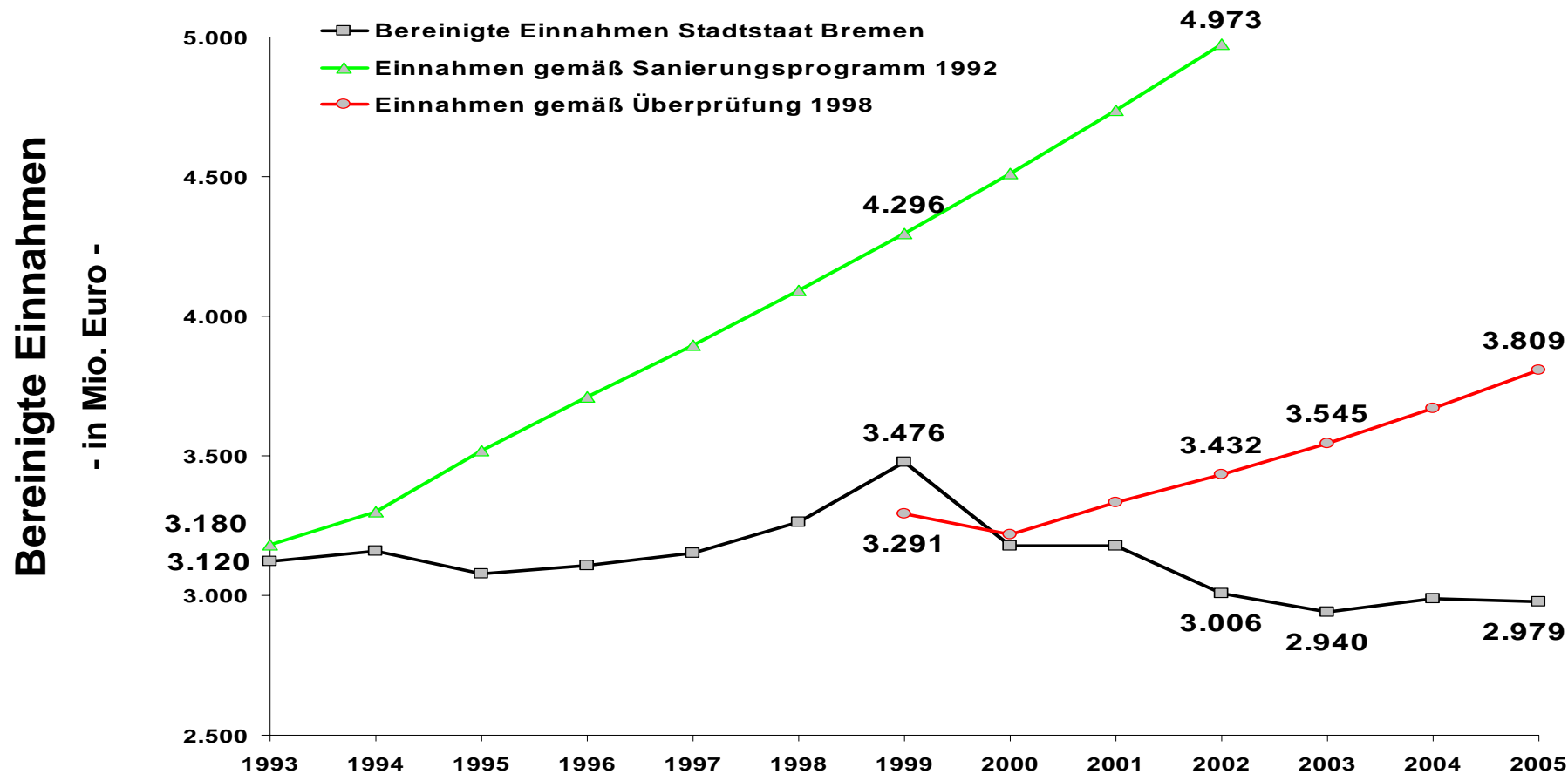
Quelle: Senator für Finanzen Bremen, Referat 20; Bis 2004: IST-Werte; 2005: Haushaltsanschlag.

1) Ab 1994: Ausgangswert 1993 multipliziert mit Zuwachsratenempfehlung Finanzplanungsrat.

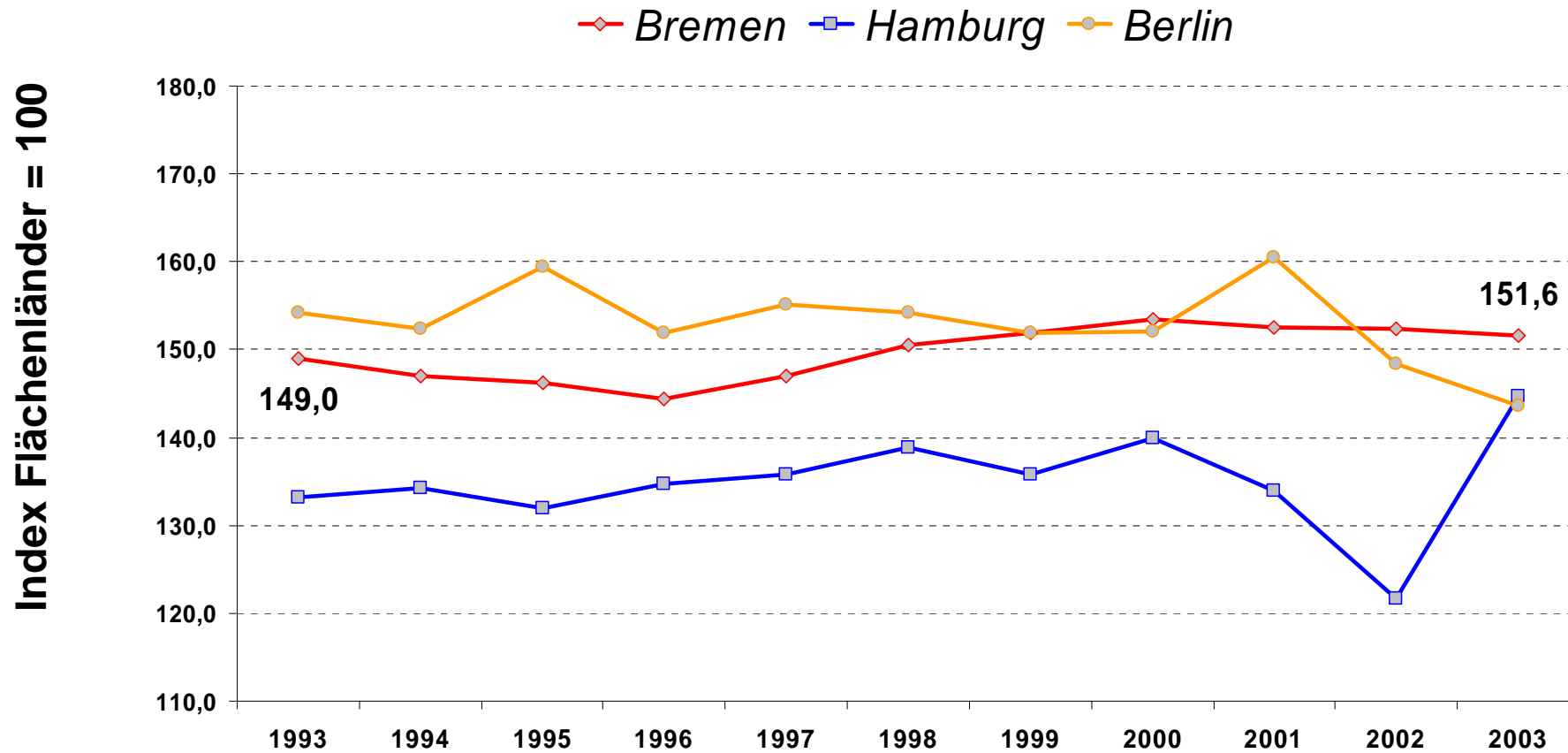
2) Ab 1994: Ausgangswert 1993 multipliziert mit Ausgabenzuwachsraten der westdeutschen Länder einschl. Gemeindeebene.



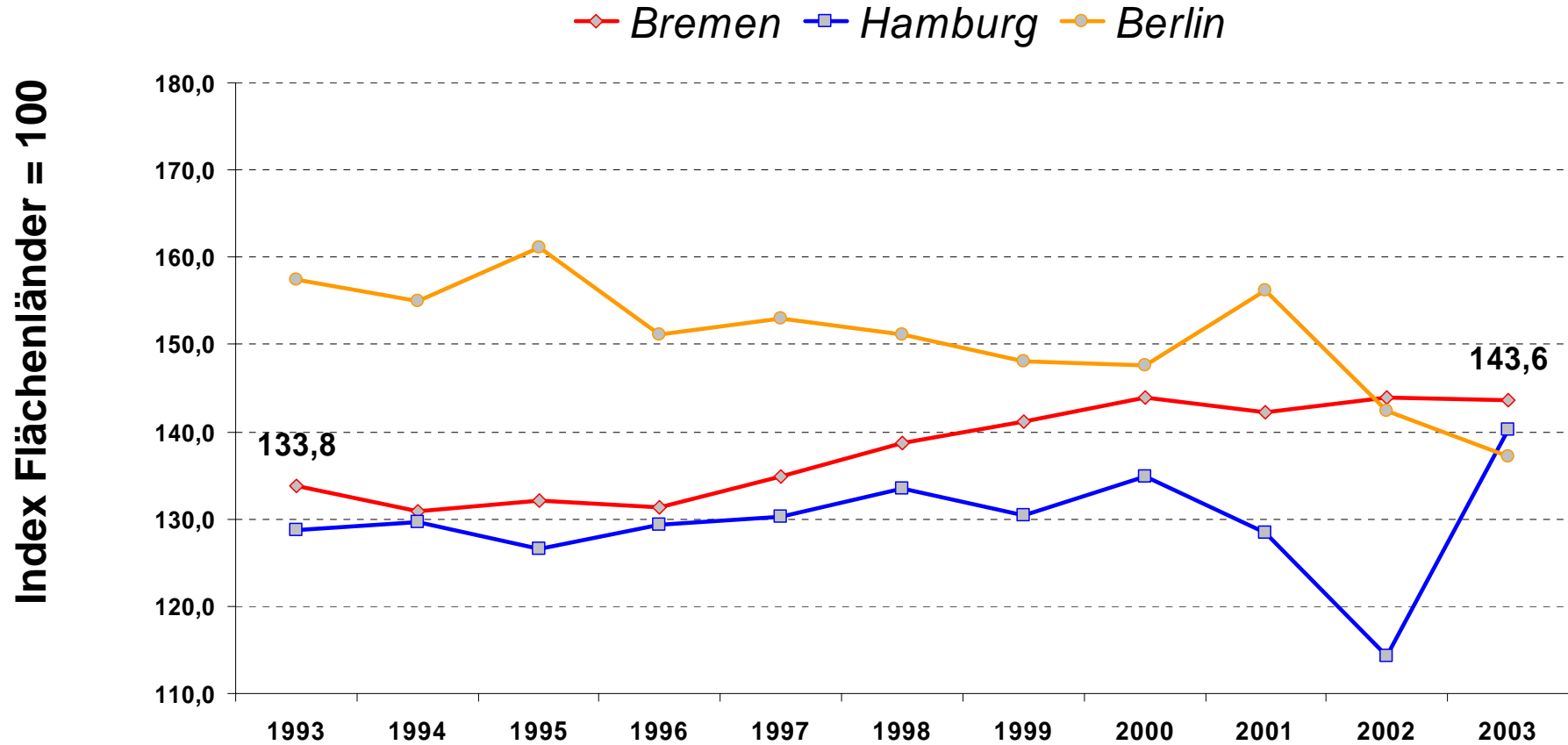
# Einnahmenentwicklung Bremens im Sanierungszeitraum



Quelle: Senator für Finanzen Bremen, Referat 20; Bis 2004: IST-Werte; 2005: Haushaltsansatz (Steuerschätzung November 2004).  
Einnahmen: Ohne Sanierungs-BEZ.

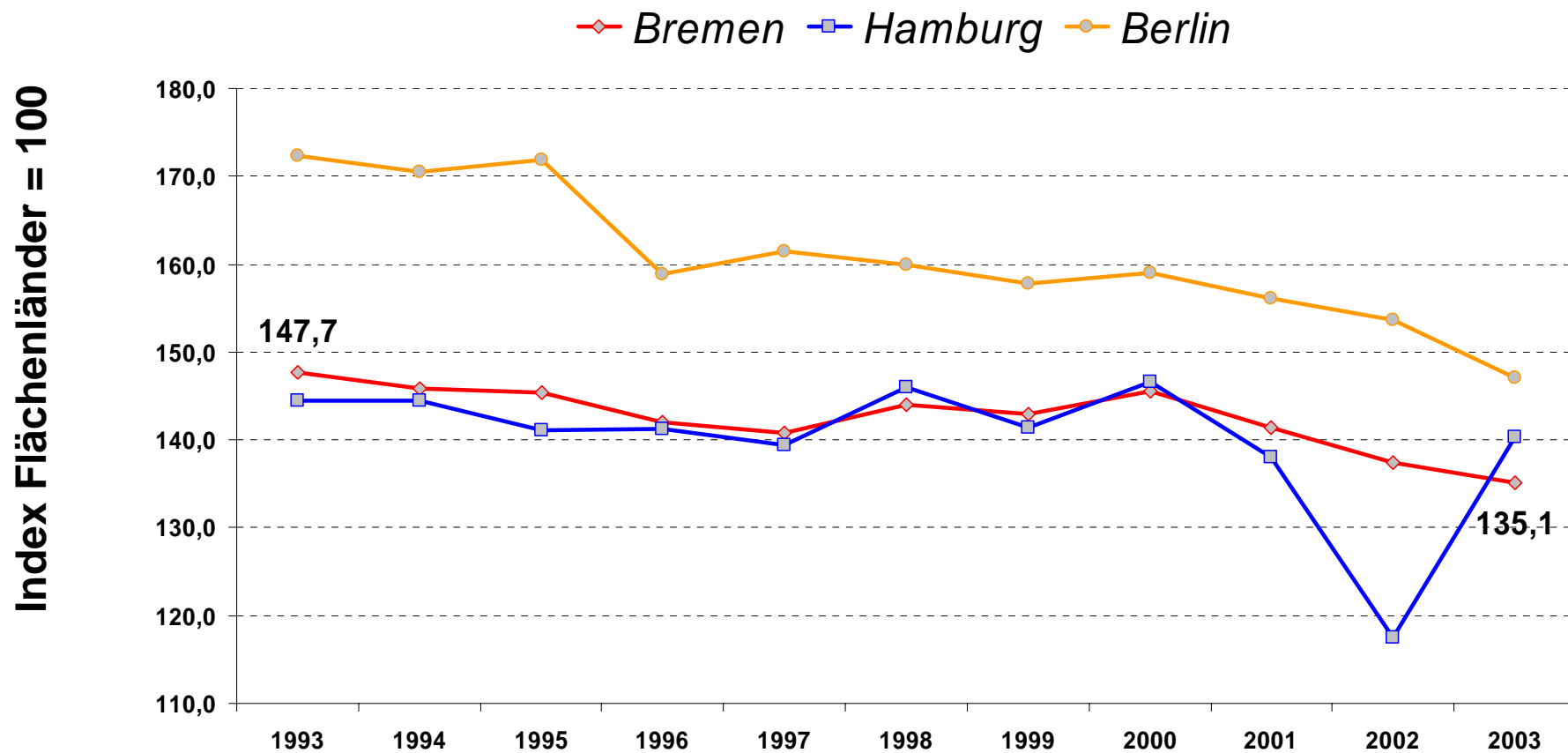


Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 14, Reihe 2.



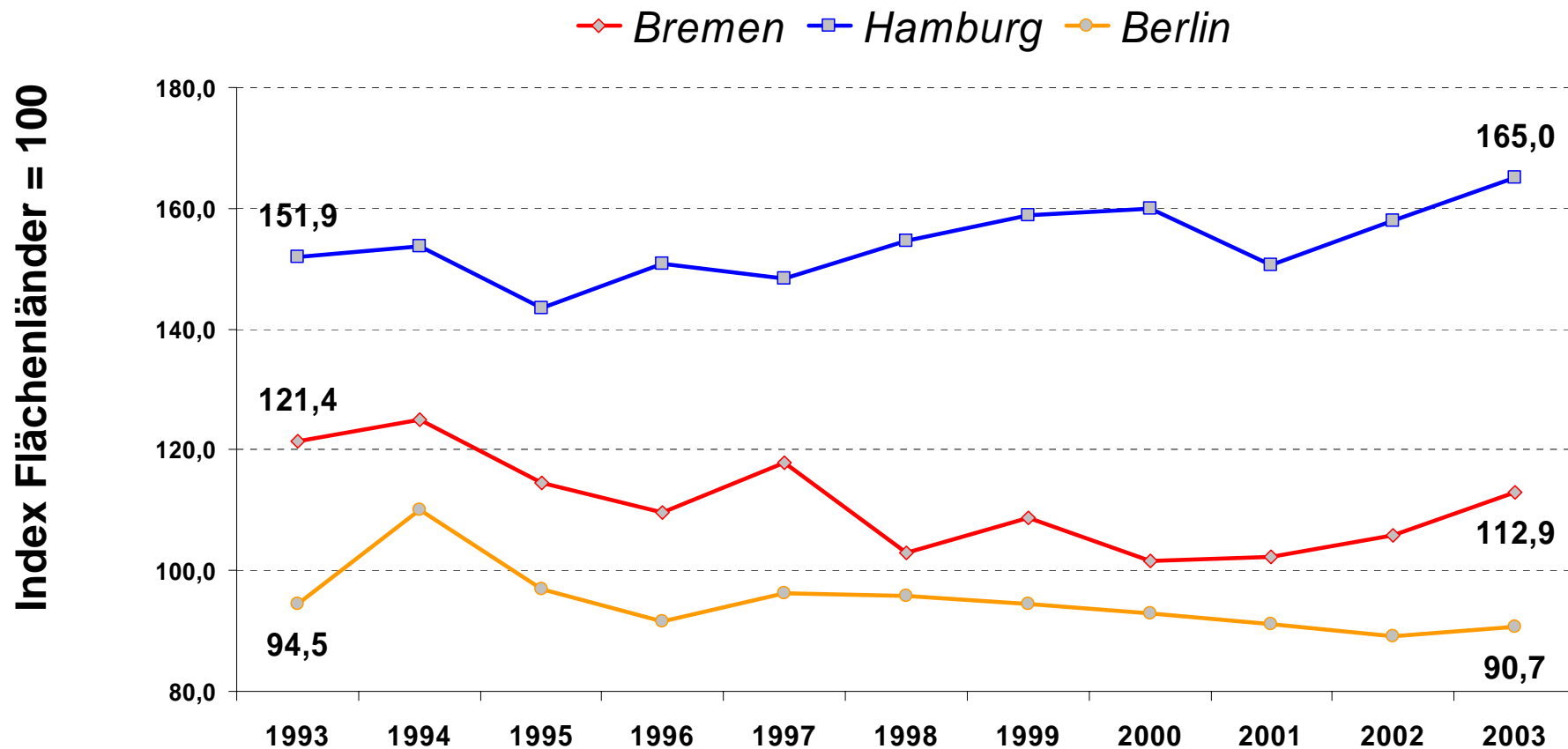
Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 14, Reihe 2.

# Konsumtive Primärausgaben je Einwohner in Stadtstaaten

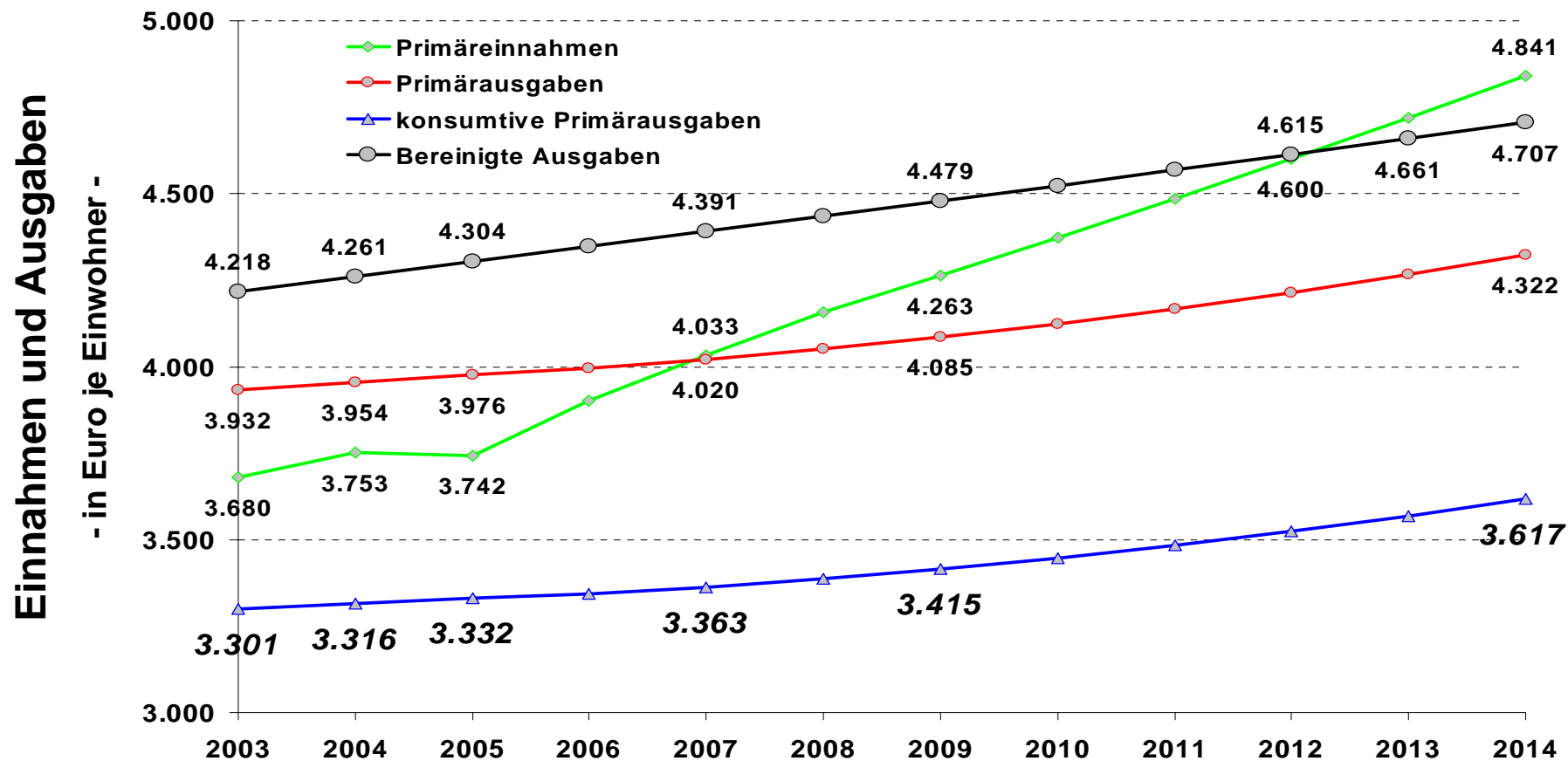


Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 14, Reihe 2.

# Originäre Steuereinnahmen je Einwohner in Stadtstaaten



Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 14, Reihe 2.



\* Flächenländer einschließlich Gemeinden / Gv. sowie Zweckverbände.

Quelle: 2003: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2;  
Ab 2004: Entsprechend Annahmen über Einnahmen- und Ausgabenzuwachsraten.

# Ableitung einer Untergrenze für Primärausgaben

- **Steuerschätzung November 2004 für das Jahr 2005**

- **Summe aus:**

**Steueraufkommen der Länder**

**Gemeindesteueransatz (allerdings zu 100 v. H.)**

**= *Finanzkraftmesszahl***

		<b>Bremen</b>
		<b>2.817 € je EW</b>
Länderdurchschnitt	<b>2.606 € je EW</b>	<b>108,1 v. H.</b>
Flächenländerdurchschnitt	<b>2.587 € je EW</b>	<b>108,9 v. H.</b>

- **Zuzüglich LFA, F-BEZ und BEZ KoPoIF**

		<b>3.483 € je EW</b>
Länderdurchschnitt	<b>2.642 € je EW</b>	<b>131,8 v. H.</b>
Flächenländerdurchschnitt	<b>2.585 € je EW</b>	<b>134,7 v. H.</b>

- **BVerfGE 72, 330 (415) (Urteil vom 24. Juni 1986)**  
„Die Berücksichtigung der vorgegebenen **strukturellen Eigenart der Stadtstaaten** Bremen und Hamburg durch die Einwohnerwertung des § 9 Abs. 2 FAG ist dem Grunde nach zulässig. Es handelt sich hierbei nicht um die Einstellung von Sonderbedarfen dieser Länder in die Berechnung des Länderfinanzausgleichs sondern um die Folge einer **spezifischen Problematik** des deutschen Bundesstaates. Das Bestehen von Stadtstaaten gehört zum historischen Bestand der deutschen Staatsentwicklung im 19. Jahrhundert. Es ist sachgerecht, die **Andersartigkeit der Stadtstaaten gegenüber den Flächenstaaten** im Länderfinanzausgleich zu berücksichtigen.“
  
- **Stadtstaaten bieten grundsätzlich ein öffentliches Leistungsspektrum an, das dem vergleichbarer Groß- und Landeshauptstädte entspricht.**
  
- **Hierzu müssen bei den vergleichbaren Großstädten zu der Finanzausstattung für kommunale Aufgaben die finanziellen und realen Transfers aus den jeweiligen Landeshaushalten der Flächenländer hinzugerechnet werden.**
  
- **Dieses vergleichbare Finanzkraftniveau von Großstädten liegt weit über dem Durchschnitt der Flächenländer.**



# Eckpunkte einer Sanierungsstrategie für Bremen

- ❖ **Eigenverantwortliche Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung der „kritischen Ausgabenuntergrenze für Stadtstaaten“**
  
- ❖ **Ausgewogenes Verhältnis zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben**
  - Öffentliche Investitionen haben in der Regel die Charaktereigenschaften öffentlicher Güter und werden somit kaum durch die Privatwirtschaft finanziert.
  - Sie sind als „Komplementärgüter“ zu verstehen, d. h. sie generieren im Idealfall privatfinanzierte Anschlussinvestitionen.
  - Einheitliche und trotzdem regional differenzierte Verfahren zur Ermittlung regionalwirtschaftlicher Rentabilitäten können positiv zur Entscheidungsfindung bei öffentlichen Investitionen beitragen  
(Bremen – Bremen-Nord – Bremerhaven)
  - Einige konsumtive Ausgaben sind durchaus wachstums- und nachhaltigkeitswirksam.
  - Zusammenlegung von zukunftsorientierten Investitionen (wachstums- und nachhaltigkeitswirksame Investitionen - WNI) und Zusammenlegung von gegenwartsbezogenen Investitionen (Grundinvestitionen – GI) im Sinne von „Gegenwartskonsum“.

## ❖ Absage an eine Länderfusion mit Niedersachsen

- Eine Länderfusion Bremen-Niedersachsen bedeutet einen Verlust an Finanzmitteln von ca. 511 Mio. Euro.
- Einsparpotentiale können derzeit nur geschätzt werden.
- Sehr fraglich ist, welche Stellung die Gemeinde Bremen im neuen Bundesland einnehmen würde. Daher ist auf der Ebene des kommunalen Finanzausgleichs höchst unklar, wie sich die Länderfusion auf die Wirtschaftsregion Bremen auswirken würde.
- Devise für die Wirtschaftsregion Bremen:

Ein starkes und selbstständiges Bremen für eine starke Wirtschaftsregion Bremen.

## ❖ Verhandlungen mit Bund und Ländergesamtheit über:

### ***Hilfe der Solidargemeinschaft***

- 3. Teilentschuldung
- Dabei sind die Voraussetzungen des BVerfG-Urteils von 1992 zu beachten
- Zins-Steuer-Quote ist ausschlaggebend für Sanierungsbeträge

### ***Änderung der Zerlegungsregelungen bei Lohn- und Körperschaftsteuer***

- Wirkt sich fiskalisch für den bremischen Haushalt nur sehr gering positiv aus
- Verbessert allerdings die Verhandlungsposition Bremens im Finanzausgleich

### ***Erhöhung der Einwohnerwertung***

- Bandbreiten bisheriger Gutachten lassen Erhöhung durchaus zu
- Kontraproduktiv wäre aber im Vorfeld ein eigenverantwortliches Absenken des Ausgabenniveaus unter die „kritische Untergrenze“ für Stadtstaaten